



Vorlage Nr. 101.18.187

11. Juli 2016
1 von 1

Bericht zum Stand der Umsetzung der Kastrations- und Registrierungspflicht für Katzen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat, im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung darüber zu berichten, inwieweit die Umsetzung betreffend einer Kastrations- und Registrierungspflicht für Katzen in der Stadt Kassel fortgeschritten ist.

Begründung:

In Kassel wurde am 01. Juli 2013 durch die Stadtverordnetenversammlung dem Beschluss zugestimmt, eine Kastrations- und Registrierungspflicht für freilaufende Katzen einzuführen. Wenige Tage nach diesem Beschluss wurde von der Landesregierung mitgeteilt, dass die Landesregierung entsprechende rechtliche Regelungen festlegen will. Daher hat Kassel diese landesweite Verordnung noch abgewartet, um damit rechtlich abgesichert zu sein. Diese sogenannte Delegationsverordnung ermächtigt seit März 2015 die Gemeinden nun gem. TierschG §13b, Maßnahmen zur Verminderung der Katzenpopulation zu ergreifen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

gez. Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender